



SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Ständeratswahl 4

Wer nicht in die EU will, wählt die Ständeratskandidaten der SVP.



Waffeninitiative 6

Schweizer Werte zerstören? NEIN zur Waffeninitiative.



Kernenergie 12

Damit Bern der Strom nicht ausgeht - Ja zu Mühleberg.



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG

Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

Redliche Bürger entwaffnen?

Durch die Waffeninitiative sollen verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger, rechtschaffene Soldaten, Schützen und Jäger in die Pflicht genommen werden und müssen ihre Waffen abgeben - sie werden entwaffnet. Gegen den illegalen Waffenbesitz und den kriminellen Missbrauch wird hingegen nichts unternommen.

Die Entwaffnungsinitiative wurde von Polit-Exponenten gestartet, die ihr grundsätzliches Nein zur Armee

und zur eigenständigen Verteidigung der Schweiz inzwischen auch in ihrem Parteiprogramm verankert haben. Durch diese Initiative soll die Armee geschwächt und schlussendlich abgeschafft werden. Die Armee hat in den letzten Jahren bereits zahlreiche wirksame Massnahmen umgesetzt, die das Missbrauchsrisiko weiter minimieren. Die Abgabe einer persönlichen Waffe steht für das

Vertrauen zwischen Staat und Bürger. Wir dürfen nicht vergessen, dass mehr

als 85% der Schützen ihren Sport mit einer Armeewaffe ausüben.

Ohne sie hat das Schiessen als Breitensport keine Zukunft. Die Initiative schafft also stolze Schweizer Traditionen ab, wie zum Beispiel das Eidgenössische Feldschiessen und die Eidgenössischen und Kantonalen Schützenfeste. Wird die gesamte Schweizer Bevölkerung entwaffnet,

wird letztlich ein Waffenmonopol für Kriminelle errichtet. Die SVP empfiehlt die Waffeninitiative zur Ablehnung.





Nein zum EU-Beitritt

Die SVP ist die mit Abstand wählerstärkste Partei des Landes und stellt die weitaus grösste Fraktion im Nationalrat. Im Ständerat ist die SVP mit sechs Vertretern hingegen stark untervertreten. War der Ständerat früher ein bürgerlich geprägtes Bollwerk der Stabilität, ist er in den letzten Jahren stark europhil und heimatmüde geworden. Bleibt die kleine Kammer bei den Wahlen vom 23. Oktober 2011 in dieser Zusammensetzung, treibt sie die Schweiz immer weiter nach links und in Richtung EU.

Bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober verlagert die SVP ihren Fokus auf den Ständerat. Es gilt die Gewichte zu verschieben, damit auch das Volk gerade in der Frage des EU-Beitritts entsprechend vertreten ist. Ein weiteres Problem stellt die fehlende Transparenz dar. Im Gegensatz zum Nationalrat wird im Ständerat nicht offengelegt, wer wie abgestimmt hat. „Es komme auf die Köpfe an“ wird immer wieder behauptet. Am Ende des Tages kommt es aber nicht auf die Köpfe an, sondern wie sich diese für unsere Schweiz und die Interessen unseres Landes einsetzen. Die Aufgabe ist klar: Die SVP hat die Pflicht, bei den Ständeratswahlen anzutreten. Es ist das Ziel der SVP, dass wir in sämtlichen Kantonen mit eigenen Kandidatinnen und Kandidaten vertreten sind.

Die Ständeratsersatzwahlen im Kanton Bern zeigen klar auf, um was

es geht. Nur Adrian Amstutz ist ein klarer EU-Gegner. Hingegen wollen beide anderen Kandidatinnen, Ursula Wyss (SP) und Christa Markwalder (FDP), die Schweiz direkt in die EU führen. Deshalb ist klar: Wer den EU-Beitritt nicht will, wählt Adrian Amstutz in den Ständerat. Nebst der Frage der Unabhängigkeit und der direkten Demokratie geht es dabei auch um die unbegrenzte Zuwanderung, die der Schweiz viele Nachteile und Probleme gebracht hat. Man denke an den Lohndruck, die Gefährdung unserer Sozialwerke und die Konkurrenz durch Billigarbeiter aus dem Ausland. Ebenso wächst die Anzahl an ausländischen Straftätern stetig an – da gilt es gerade auch im Ständerat Gegensteuer zu geben.

Das primäre Ziel des neuen Jahres ist der Wahlsieg der SVP im Oktober, damit wir unsere politischen Zielsetzungen „EU-Beitritt NEIN“ und „Zuwanderung begrenzen“ noch besser umsetzen können. Es ist deshalb das erklärte Ziel der SVP, 30% der Wählerstimmen zu erreichen und im Ständerat die Interessen der Schweiz zu stärken. Darauf werden wir konsequent hinarbeiten. Die SVP ist Garant dafür, dass die Schweiz nach wie vor unabhängig bleibt und ein EU-Beitritt verhindert wird. Dafür braucht es die SVP mit einer starken Vertretung im National- und Ständerat. Denn nur eine freie Schweiz ist eine starke Schweiz in Sicherheit.

Damit die SVP noch mehr Einfluss

nehmen und die kommenden nationalen Wahlen gewinnen kann, brauchen wir Ihre Unterstützung! Verhelfen Sie der SVP mit Ihrer Stimme und Ihrer Unterstützung zum Wahlsieg. Wahlspenden bis zu 10'000 Franken können von der direkten Bundessteuer abgezogen werden und auch in Ihrem Kanton können Sie Parteispenden von den Steuern abziehen. Deshalb haben wir uns erlaubt, diesem Klartext einen Einzahlungsschein beizulegen.

Setzen wir uns im neuen Jahr gemeinsam für unser Land ein: Schweizer wählen SVP!

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Schweizer wählen SVP



Mein Zuhause –
Unsere Schweiz

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Die traditionelle „Bad Horn“-Tagung 2011 wurde von 120 Teilnehmern besucht und widmete sich dem Thema „Die Bedeutung der Freiheit“. Nicht Freiheit, sondern zusätzliche Regulierung ist der Trend unserer Zeit. Die SVP wird beispielsweise als grösste Partei im Land in ihrer Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Da die Mitte-links-Parteien die Freiheit der Schweiz leichtfertig aufs Spiel setzen, ist es umso wichtiger, dass sich die SVP als einzige Partei vehement dafür einsetzt.



An der Bad-Horn Tagung am 7. und 8. Januar verfolgten 120 Teilnehmer die verschiedenen Referate.



Es referierten Detmar Doering (Leiter liberales Institut Berlin), Bernhard Rothen, (Pfarrer, Bild), Nationalrat Christoph Mörgele, Bundesrat Ueli Maurer, Hanspeter Born (Journalist) und Christoph Blocher.



Auch Bundesrat Ueli Maurer machte sich in seinem Referat für die Freiheit der Schweiz stark. Er erläuterte, aus welchen Gründen unser Land mehr Freiheit braucht.



Die SVP setzt sich vehement für eine sichere Zukunft unseres Landes ein, eine Zukunft in Freiheit.

4 Ständeratswahlen

„Wir sind im Ständerat krass sich mit den Wahlen 2011

Im Kanton Bern greift die SVP am 13. Februar 2011 mit Nationalrat Adrian Amstutz den durch die Wahl von Simonetta Sommaruga in den Bundesrat frei gewordenen Ständeratssitz an. Mehr SVP-Vertreter im Ständerat sind dringend notwendig, um die kleine Kammer wieder in bürgerliche Richtung zu bewegen. Die SVP muss bei den Wahlen 2011 also auch im Ständerat zulegen. Um diesen Anspruch in die Tat umzusetzen, hat die Partei in möglichst allen Kantonen zu den Ständeratswahlen anzutreten.



von Martin Baltisser, Generalsekretär SVP Schweiz

Der Ständerat ist in den letzten Jahren nach links gerutscht. War die kleine Kammer früher in vielen Fragen ein „sicherer Wert“, die Fehlentscheide des Nationalrates in bürgerliche Richtung korrigierte, hat sich die Situation heute grundlegend verändert. Unter Federführung der Mitte-Parteien, die zusammen nicht weniger als 29 der 46 Sitze belegen (CVP 15 Sitze, FDP 12 Sitze, BDP 1, GLP 1 Sitz), ist der Rat nach links gerutscht. Neben der SP mit 9 Sitzen und den Grünen mit 2 Sitzen ist die SVP mit ihren 6 Sitzen im Ständerat im Vergleich zu ihrem Wähleranteil krass untervertreten. Die Folgen dieser unbefriedigenden Situation wurden in der laufenden Legislatur in vielen Fragen sichtbar.

Zahlreiche Fehlentscheide

Der Ständerat hat beispielsweise vom Nationalrat überwiesene Vorstösse zur Verschärfung des Strafrechts oder

zur Begrenzung der Zuwanderung weitgehend abgelehnt. Ebenso wurde im Ständerat der unsägliche Gegenschlag zur Ausschaffungsinitiative ausgeheckt und das undemokratische „Päckli“ zur Verknüpfung der Personenfreizügigkeitsvorlagen geschnürt. Die Zustimmung zu einer KMU-Strafsteuer in der Wintersession des ver-

gangenen Jahres ist der letzte Akt in diesem Trauerspiel. Weitere Beispiele gäbe es viele. Die sechs SVP-Ver-

treter, die über eine satte absolute Mehrheit in der kleinen Kammer verfügen. Sie übernehmen immer häufiger linke Positionen. Der Grund, dass nicht häufiger über diese Tatsache berichtet wird, ist übrigens einfach. Im Ständerat werden die Resultate der Abstimmungen im Gegensatz zum Nationalrat nicht namentlich offen gelegt. Man weiss also – ausser man befindet sich im Saal – nicht, wer wie gestimmt hat.

„Die SVP ist mit ihren sechs Sitzen im Ständerat krass untervertreten.“

Mehr Ständeräte als Wahlziel

Die SVP kann ihre Politik im Parlament nicht optimal durchsetzen, wenn sie zwar im Nationalrat immer stärker vertreten ist, im Ständerat aber nur eine relativ kleine Minderheit stellt. Deshalb ist klar, dass die SVP bei den Wahlen 2011 auch im Ständerat zulegen muss. Um ihren Anspruch glaubwürdig zu untermauern, muss die Partei in möglichst allen Kantonen zu den Ständeratswahlen antreten. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern muss dabei klar gemacht werden, dass eine Ablehnung des EU-Beitritts oder eine Begrenzung der Zu-

Wer nicht in die EU will,



wählt **Adrian Amstutz**

Nur Adrian Amstutz ist ohne Wenn und Aber gegen einen EU-Beitritt der Schweiz.

Gewerbliches Unterstützungskomitee Adrian Amstutz in den Ständerat, Postfach 791, 3607 Thun

treter im Ständerat kämpften bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen häufig auf verlorenem Posten. Eine entscheidende Rolle kommt bei all diesen Geschäften den Mitte-Parteien

wanderung nur über mehr SVP-Vertreter im Ständerat eingebracht werden kann. Bleibt die Zusammensetzung wie sie ist, driftet der Ständerat weiter nach links und in Richtung EU.

untervertreten. Das muss ändern.“

Adrian Amstutz mit klarem Profil

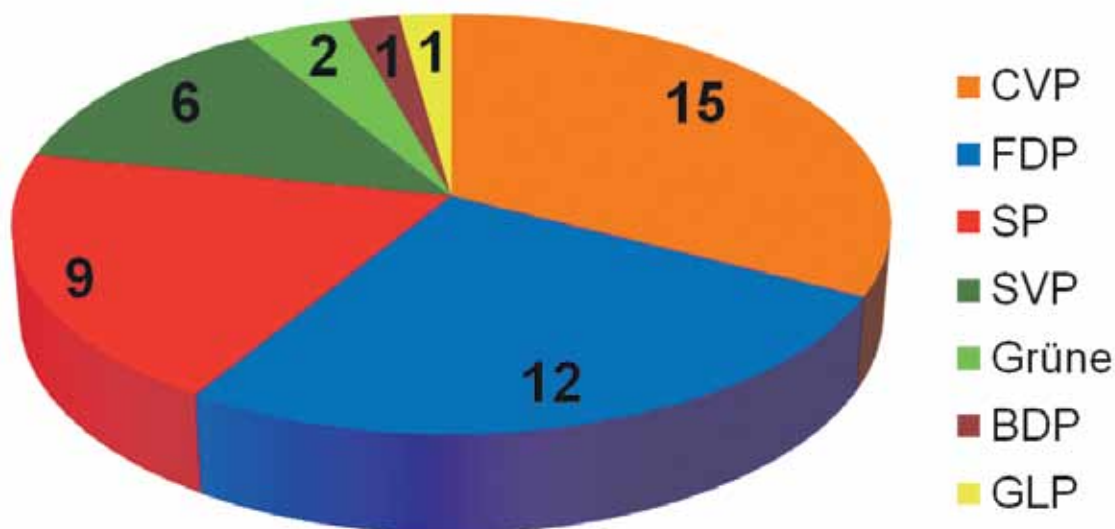
„Wer nicht in die EU will, wählt Adrian Amstutz“: Unter diesem Motto kämpft Nationalrat Adrian Amstutz im Kanton Bern um den freigeordneten Ständeratssitz. Am 13. Februar 2011 steht er an der Urne den EU-Turbos Ursula Wyss (SP) und Christa Markwalder (FDP) gegenüber. Die Profile der vier Kandidaten, ein EVP-Vertreter komplettiert das Quartett, unterscheiden sich grundlegend. Dabei steht Adrian Amstutz für eine konsequente SVP-Politik. Die SP-

Fraktionschefin und die Präsidentin der Neuen Europäischen Bewegung verfügen über ein ebenso pointiertes linkes bzw. links-liberales Profil. Für Adrian Amstutz stehen im Wahl-

kampf die Kernthemen der Partei gegen einen EU-Beitritt, für eine starke Armee und für gute Rahmenbedingun-

wird Sachpolitik gemacht. Es geht um die gleichen, grundsätzlichen Themen wie im Nationalrat. Wer für Unabhängig-

Sitzverteilung im Ständerat



gen im Vordergrund. Es muss der SVP im Ständeratswahlkampf 2011 in allen Kantonen gelingen, verstärkt Themen und nicht Personen in den Vordergrund zu rücken. Denn auch im Ständerat

gigkeit und Neutralität, für mehr Sicherheit und Freiheit ist, wählt SVP-Vertreter in den Ständerat, am 13. Februar in Bern ebenso wie am 23. Oktober in allen anderen Kantonen.

SVP-Ständeräte kämpfen engagiert

In der zurückliegenden Wintersession der eidgenössischen Räte kämpften die SVP-Ständeräte engagiert für die SVP-Positionen. Maximilian Reimann scheiterte dabei mit einem Rückweisungsantrag zum IWF-Kredit zur Euro-Rettung ebenso wie Hannes Germann mit verschiedenen Anträgen zur Verschärfung des Aktienrechts im Sinne der Einigungslösung zwischen der SVP und den Initianten der Volksinitiative „gegen die Abzockerei“. Die SVP-Vertreter standen in diesen Fragen allein dem Rest des Ständerates gegenüber. Ungehört verhallten auch die Warnrufe von Ständerat This Jenny im Zusammenhang mit der Einführung einer „KMU-Strafsteuer“ (neues Modell zur Besteuerung von Bezügen über 3 Millionen Franken): „Lassen Sie die Familienunternehmen hier aus dem Spiel!“ Einen Erfolg konnte Ständerat Christoffel Brändli mit seiner Motion „Die Zuwanderung in geordnete Bahnen lenken“ verbuchen. Gegen den Widerstand des Bundesrates überwies der Ständerat den Vorstoss, der Massnahmen gegen die unkontrollierte Zuwanderung fordert, knapp mit 17 zu 16 Stimmen.

6 Waffeninitiative

„Affekthandlungen sind so Armeeangehörigen keine

2008 wurde das Waffengesetz bereits verschärft. Die Armee und auch die Politik haben ebenfalls vieles unternommen, um Missbräuche mit Ordonnanzwaffen zu verhindern. Das weit verbreitete Argument, die Waffeninitiative verhindere Suizide, ist haltlos. Wer sterben will, findet so oder so einen Weg. Höchst selten wird ein Suizid, nicht wie breit propagiert, mit der Ordonnanzwaffe verübt. Die Waffenschutzinitiative ist also irreführend und überflüssig. Und sie ist vor allem eines - mit hohen Kosten verbunden.



von Nationalrätin Andrea Geissbühler, Herrenschwanden (BE)

Die „Entwaffnungsinitiative“ fordert:

- einen Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis für den Erwerb und Besitz von Schusswaffen;
- ein zentrales Waffenregister beim Bund;
- dass die Armeewaffe nicht mehr zu Hause aufbewahrt werden darf;
- ein Verbot von „besonders gefährlichen Waffen“.

Die Initiative hält nicht was sie verspricht und ist irreführend. Zudem ist sie überflüssig, denn die Schweizer Gesetzgebung im Bereich Schusswaffen ist streng. Bereits heute regeln das 2008 verschärfte Waffengesetz, das Militärgesetz und die entsprechenden Verordnungen alles, was vernünftigerweise für die Sicherheit im Umgang mit Waffen geregelt werden kann. Jeder Kanton führt ein Register über den Erwerb von Feuerwaffen. Der Datenaustausch im Bedarfsfall ist geregelt. Eine Harmonisierung der Register ist geplant. Ein zusätzliches zentrales Register ist daher unnötig. Gegen diejenigen, die tatsächlich eine Gefahr darstellen, unternimmt die Waffeninitiative jedoch

nichts. Kein Krimineller wird sich jemals um einen Waffenschein bemühen oder seine Waffe registrieren lassen.

Armee und Politik haben reagiert
Armee und Politik haben bereits vieles unternommen, um Missbräuche mit Ordonnanzwaffen zu verhindern. Neu werden Stellungspflichtige bei der Rekrutierung systematisch überprüft, damit potenziell gefährlichen Personen keine Waffe ausgehändigt wird. Weiter hat jeder Armeeangehörige die Möglichkeit, seine Waffe kostenlos in einem Zeughaus zu hinterlegen und nach Beendigung der Wehrpflicht darf die persönliche Waffe nur noch nach Vorliegen eines Waffenerwerbsscheins behalten werden. Jungschützen erhalten Leihsturmgewehre nur noch ohne Verschluss und müssen älter als 18 Jahre sein. Insbesondere seit die Munition nicht mehr nach Hause genommen werden darf, ist die Entwaffnungsinitiative völlig sinnlos geworden. **Alle Armeewaffen, welche zu Hause sind, sind ohne Munition!**

Gründe für ein NEIN zur Entwaffnungsinitiative

Die einmaligen **Kosten** für die Umsetzung der Waffeninitiative werden auf 6,4 Mio. Fr., die jährlich wiederkehrenden auf 11,2 Mio. Fr. geschätzt.

Diese Kosten bezahlt einmal mehr der Steuerzahler. Weiter ist es ein ökologischer Blödsinn, die Waffe immer im **Zeughaus** holen zu müssen. Ein Beispiel: Würden etwa zwei Drittel der 214'000 Gewehre ins durchschnittlich 10 km entfernte Zeughaus kommen und die Wehrmänner würden das auf sie abgestimmte Gewehr zweimal im Jahr für den WK, das „Obligatorische“ oder das Feldschiessen mit dem Auto holen, so würde das 5'680'000 Fahrkilometer mit einem Benzinverbrauch von 284'000 Litern jedes Jahr ergeben! Jede Kriminalitätsstatistik beweist, dass der mit Abstand grösste Teil von Missbrauchsfällen mit **illegal erworbenen Waffen** begangen wird. Gemäss der offiziellen Statistik gab es im Jahr 2008 rund 12'000 Fälle von polizeilich registrierter Gewalt. Es

kamen lediglich in 2% der Fälle Schusswaffen zum Einsatz. Der Schweizerische Friedensrat hat erhoben, dass in 80% der Fälle illegale Waffen verwendet wurden! Wer die Schweizer entwaffnet, schafft ein Waffenmonopol für Verbrecher und für Ausländer. Verbrecher und Ausländer, die ihre Waffen illegal besitzen, werden durch die Entwaffnungsinitiative



Schweizer Werte zerstören?

Nutzlose linke **NEIN** Waffeninitiative

nie und nimmer dazu veranlasst, ihre Waffen registrieren zu lassen oder diese gar abzugeben.

Die **Selbstmordrate** sinkt jedes Jahr

oder so unmöglich, da die Munition zu Hause haben.“

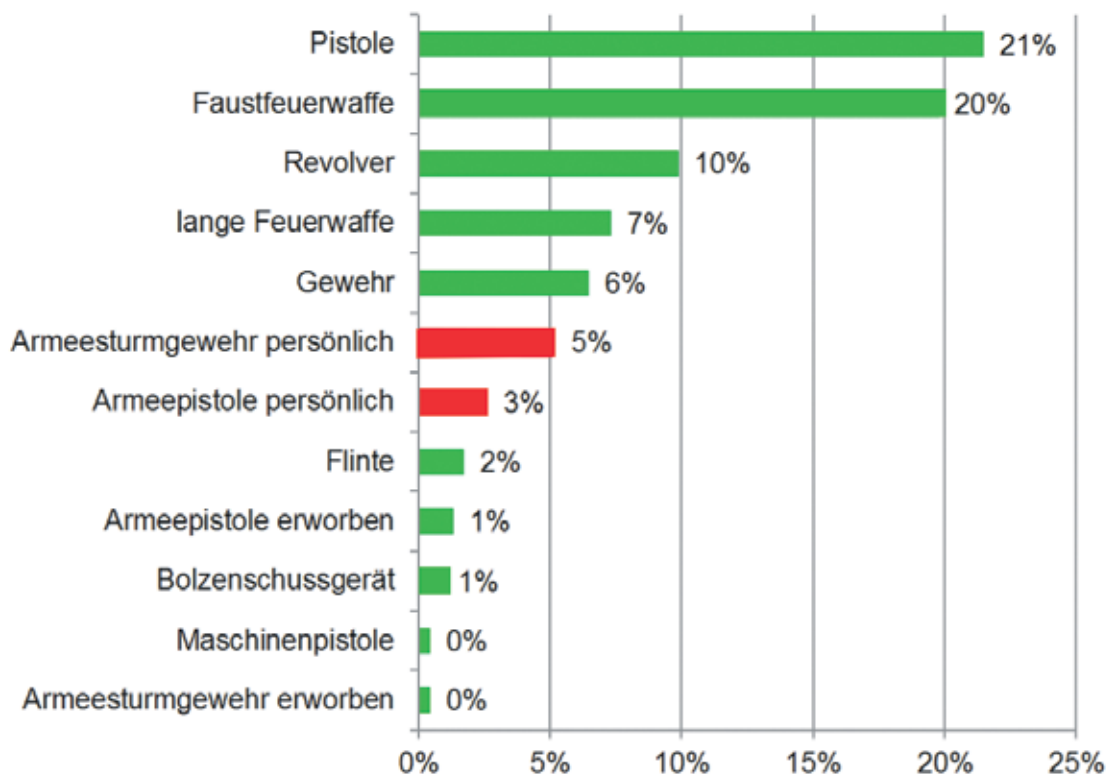
und von den im Jahr 2008 gemeldeten 259 Todesfällen mit Schusswaffen, waren es „nur“ gerade 23 mit der Armeewaffe. Ob diese 23 Opfer mit der Initiative hätten vermieden werden können, ist sehr fraglich. Denn nicht das Vorhandensein der Waffe führt zum Suizid, sondern eine vermeintlich aussichtslose Situation, in der sich die Person befindet. Wenn jemand sterben will, findet er immer einen Weg: Wenn sich jemand mit der Armeewaffe umbringen will, muss er erst noch zu Munition kommen, muss also den Suizid vorgängig planen. Nach all den Erfahrungen in meinem Beruf, kann ich mir nicht vorstellen, dass auch nur ein Suizid mit der Initiative verhindert werden könnte. Auch gegen **häusliche Gewalt** kann die Initiative nichts machen. Denn häusliche Gewalt wird verbal, mit den Fäusten oder mit Gegenständen, welche in der Wohnung herumliegen, ausgeübt und nicht mit der Schusswaffe! Ich musste noch nie wegen häuslicher Gewalt mit einer Schusswaffe ausrücken. Es tönt zwar gut, wenn es heisst, mit der Initiative könne häusliche Gewalt verringert werden, dies ist allerdings in der Realität nicht möglich.

Die Waffeninitiative ist irreführend und ein Etikettenschwindel, denn diese Initiative ver-

hindert keine Gewalttaten. Gegen den kriminellen Waffenmissbrauch wird mit der Initiative nichts unternommen und die tatsächlichen Ursachen von häuslicher Gewalt und

Milizarmee, sie gefährdet die Jagd und das Schiessen als Breitensport. Die Waffeninitiative ist ein Etikettenschwindel: Unter dem Deckmäntelchen der Gewaltprävention verfolgen

Anzahl Suizid durch Waffen



Jährlich sterben in der Schweiz ungefähr 1'300 Menschen durch Suizid (vgl. Auswertung des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums). 17% oder 221 Personen sterben durch den Gebrauch einer Waffe (vgl. Bundesamt für Statistik, Polizeikriminalstatistik 2009).

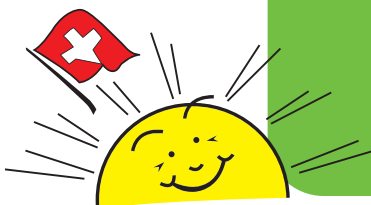
von Selbstmorden werden gänzlich ignoriert. Die Waffeninitiative führt zu mehr Bürokratie und kostet den Steuerzahler Millionen. Sie ist zudem ein Angriff auf die Schweizer

die Initianten ihre wahren Ziele: die Abschaffung der Armee. Gleichzeitig zerstört diese Initiative schweizerische Traditionen und Werte wie Freiheit, Vertrauen, Eigenverantwortung, Sicherheit und Unabhängigkeit.

Abstimmung vom 13. Februar:

**NEIN zur
Waffeninitiative**

www.waffeninitiative-nein.ch



In diesem Sinne bitte ich Sie, die irreführende Waffeninitiative „für den Schutz vor Waffengewalt“ abzulehnen!

„Die Initiative trifft wieder einmal die Falschen.“

Wer Konflikte mit einer Waffe lösen will, wird dies auch bei einer Annahme der Waffeninitiative tun. Genauso wird sich jemand einen Weg suchen, aus dem Leben zu treten, wenn er dies will. Mit oder ohne Waffe. Wenn man sämtliche Suizide verhindern möchte, müsste man u.a. die Bahn abschaffen und jegliche Brücken vernichten. Die Initiative ist eine Scheinlösung und nutzlos! Viel eher sollte ein verantwortungsvoller Umgang mit der Waffe erlernt werden. Dies ermöglicht die beste Prävention.

Die Befürworter der Waffeninitiative argumentieren unter anderem, dass mit einer Annahme die Waffengewalt speziell an Frauen eingedämmt werden kann. Wäre es für Sie als Krippenleiterin nicht auch von Interesse, Familien vor Waffengewalt zu schützen? Ja, absolut müssen die Bürgerinnen und Bürger vor Waffengewalt geschützt werden. In der Schweiz haben wir zum Glück sehr strikte Waffengesetze und ich bin für eine bestmögliche Prävention. Dazu sind eine hohe Polizeipräsenz und ein hohes Strafmass bei Missbrauch sehr wichtig. Leider werden durch die Initiative wieder einmal die Falschen bestraft. Denn diejenigen Personen, welche Konflikte und Auseinandersetzungen mit Waffen und Gewalt zu lösen versuchen, werden dies auch bei einer Annahme der Initiative machen. Also ist diese Initiative schlicht nutzlos!

Mit der Initiative können Leben gerettet werden, da so weniger Suizide verübt werden können. Wie stehen Sie zu diesem Argument? Es ist so, dass Suizide mit einer Waffe begangen werden. Hier trägt aber nicht die Waffe an und für sich die Schuld oder Verantwortung, sondern der Mensch. Wenn sich ein Mensch das Leben nimmt, ist das sehr tragisch. Diese Menschen sind psychisch dermassen verzweifelt, dass sie nur noch durch den Freitod einen Ausweg

sehen. Ärztliche Begleitung und ein stabiles soziales Netzwerk können da manchmal helfen. Leider suchen sich diese Menschen oft

keine Hilfe und fressen alles in sich hinein.

Der Entscheid, aus dem Leben zu treten, ist dann gefasst.

Wenn wir



Interview mit Grossrätin und Vizepräsidentin Nadja Pieren, Burgdorf (BE)

sämtliche Suizide verhindern möchten, müssten wir in Gummizellen leben. Die Bahn, Küchenmesser, Stricke, Medikamente, Brücken usw. müssten ab sofort auch verboten werden. Ein Mensch, der sich mit seiner Armeewaffe das Leben nehmen will, muss sich vorgängig noch bewusst Munition verschaffen. Also auch hier ist die Initiative nur eine Scheinlösung und bringt unter dem Strich nichts.

Kein Krimineller wird sich jemals um einen Waffenschein bemühen. Wird mit der Waffeninitiative ein Waffenmonopol für Verbrecher errichtet? Ganz klar ja! Denn wer, aus welchem

Grund auch immer, eine Waffe will, kann sich diese auch beschaffen. Wenn es auf dem legalen Weg verboten ist, dann halt auf dem illegalen. So wird es dann unmöglich sein, den Weg und die Herkunft einer Waffe noch irgendwie rückzuverfolgen, was für Verbrecher natürlich sehr willkommen ist.

Haben Sie selber eine Waffe zu Hause? Aus welchen Gründen setzen Sie sich für ein NEIN zur Waffeninitiative ein? Ich selber habe keine Waffe, bin aber mit einer geladenen Pistole im Haus aufgewachsen. Als Polizistentochter hatte mein Vater seine Dienstwaffe immer einsatzbereit. Also habe ich schon als Kind den Respekt vor Waffen gelernt. Die Pistole war immer ausser Reichweite für mich und meine Schwester. Wir wussten genau, dass dies ein absolutes Tabu ist und sehr gefährlich. Später hat uns mein Vater ab und zu zum Schiessenstand mitgenommen (meine Schüsse landeten aber meistens neben statt auf der Scheibe).

Ich sage NEIN zur Waffenverbotsinitiative, weil diese schlicht nichts nützt (s. Gründe bei den ersten zwei Antworten), einmal mehr die Falschen bestraft und weil ich selber erfahren habe, wie wichtig es ist, den respektvollen Umgang mit Waffen lernen zu können. Ein Armeeinghöriger muss seine Waffe kennen und für diese auch die Verantwortung übernehmen können.

Kein Waffenmonopol für Verbrecher!

Die Initianten der Waffeninitiative verfolgen im Grunde nur ein Ziel: Die Schädigung und schliesslich die vollständige Abschaffung der Armee. Denn die Initiative entwaffnet die Armeeangehörigen, also genau jene, die den sorgfältigen Umgang mit der Waffe gelernt haben. Laut der Initiative soll die persönliche Waffe aller Angehörigen der Armee im Zeughaus aufbewahrt werden. Dies schwächt die Schweizer Bevölkerung. Stimmem Sie aus diesen Gründen am 13. Februar Nein zur Entwaffnungsinitiative!

Die Entwaffnungsinitiative zielt – auch in der Argumentation der Initianten – ausschliesslich auf die Ordonnanzwaffe. Sie fordert einzig die Entwaffnung sämtlicher Armee-Angehöriger, die Entwaffnung aller Schweizer, all jener, die den verantwortungsvollen Umgang mit ihrer Waffe gelernt und diese Verantwortung mit ihrer persönlichen Waffe in der Vergangenheit tausendfach unter Beweis gestellt haben. Es geht dem, der so zielt, nicht um die Sicherheit der Schweiz. Es geht ihm um die Schädigung der Armee. Es geht ihm offensichtlich darum, eine wichtige Etappe zu erreichen auf dem Weg zur vollständigen Abschaffung der Armee.

Von der Entwaffnungsinitiative nicht im geringsten betroffen sind die Verbrecher, die Kriminellen. Ebenso wenig betroffen von dieser Initiative sind

Ausländer. Alle, welche ihre Waffen illegal besitzen, welche ihre illegalen



Auch Nationalrat Ulrich Schlüer lehnt die Waffeninitiative ab.

Waffen mit vorsätzlich krimineller

Absicht einsetzen, bleiben von der Entwaffnungs-Initiative völlig unangestastet. Denn kein Krimineller wird als Folge der Entwaffnungsinitiative seine Waffe registrieren lassen oder sie gar abliefern.

Die Entwaffnungsinitiative entfaltet nicht die geringste Anstrengung, dieser gefährlichsten Kategorie von Waffen-Nutzern ihr übles Handwerk zu legen. Im Gegenteil: Wer alle Schweizer rigoros entwaffnet, schafft die Voraussetzung dafür, dass die Verbrecher ein Waffenmonopol erhalten. Die Kriminellen allein haben dann noch Waffen. Und all jene, die kriminelle Absichten verfolgen, werden damit erst recht motiviert, ihre Waffen weit rascher, weit skrupelloser einzusetzen. Das ist gewiss kein Beitrag zur Sicherheit der Schweiz, im Interesse der Schweizerinnen und Schweizer.

Die Initianten behaupten, mit der Initiative könnten tragische Gewalttaten oder Suizide verhindert werden. Doch das Gegenteil ist der Fall:

1. Verantwortungsbewusste Bürger bestrafen – Verbrecher belohnen?

Die Entwaffnungsinitiative will alle Wehrmänner entwaffnen. Also genau diejenigen, die den sorgfältigen Umgang mit ihrer Waffe gelernt und den verantwortungsvollen Umgang mit ihrer persönlichen Waffe tausendfach bewiesen haben.

2. Ausländische Kriminelle lachen sich ins Fäustchen

Die bewaffnete Kriminalität nimmt in der Schweiz von Jahr zu Jahr zu. Meist werden diese Gewalt- oder Tötungsdelikte von ausländischen Kriminellen begangen. Die ausländischen Kriminellen wissen: Begehe ich ein Verbrechen, bin ich der Einzige, der bewaffnet ist.

3. Die Schweizer Armee wird geschwächt

Unsere Sicherheit baut auf unserer Milizarmee auf. Die Entwaffnungsinitiative schwächt unsere Armee und damit die Sicherheit der ganzen Bevölkerung.

Mehr Infos: www.entwaffnungs-initiative-nein.ch

Kompaktklasse neu definiert. Der neue Toyota Auris Hybrid.



3,8

l/100 km

136

PS (100 kW)

89

g/km CO₂

Auris Hybrid ab Fr. 321.– mtl.**

Auris Hybrid 1,8 Linea Luna, 100 kW (136 PS), 5-türig ab Fr. 33'900.–*

Abbildung: Auris Hybrid 1,8 Linea Sol, 100 kW (136 PS), 5-türig, ab Fr. 37'000.–*

Als erster und einziger Voll-Hybrid in der Kompaktklasse ist der Auris Hybrid seinen Mitbewerbern um Längen voraus. Und das sind Ihre entscheidenden Vorteile:

1. Dynamische Fahrleistungen mit 136 PS bei tiefstem Verbrauch von nur 3,8 l/100 km
2. Niedrigster CO₂-Ausstoss seiner Klasse mit 89 g/km
3. Null Emissionen im Stop-and-Go-Verkehr
4. Automatische Aufladung der Batterie durch Energierückgewinnung
5. Stufenloses Automatikgetriebe und umfangreiche Ausstattung schon in der Basisversion
6. Bewährte Toyota Qualität und Zuverlässigkeit
7. Kundenfreundliches Toyota Dienstleistungspaket

Die gleichen Vorteile und dazu noch mehr Platz bietet Ihnen der Voll-Hybrid-Pionier Prius – seit 1997 ist er Symbol für energieeffiziente und nachhaltige Mobilität.



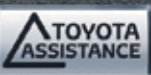
Prius ab Fr. 365.– mtl.**

Prius 1,8 Linea Luna, 100 kW (136 PS), 5-türig, ab Fr. 40'300.–*

Abbildung: Prius 1,8 Linea Sol, 100 kW (136 PS), 5-türig, ab Fr. 43'300.–*



Das beste Angebot für einen Toyota erhalten Sie exklusiv bei Ihrem Toyota Fachmann! Machen Sie jetzt eine Probefahrt.



**Today
Tomorrow
Toyota**

toyota.ch

* 5 Jahre oder 100'000 km (Auris Hybrid) / 8 Jahre oder 160'000 km (Prius) auf Hybrid-Batterie, Spannungswandler und Steuerung. ** Unverbindliche Nettopreise inkl. MwSt. ** Leasingkonditionen: Effektiver Jahreszins 1,92%, Leasingzins pro Monat inkl. MwSt., Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung 20%, Kautions vom Finanzierungsbetrag 5% (mindestens Fr. 1'000.–), Laufzeit 48 Monate und 10'000 km/Jahr. Auris Hybrid 1,8 Linea Luna, Katalogpreis Fr. 33'900.–, Leasingzins Fr. 321.35. Prius 1,8 Linea Luna, Katalogpreis Fr. 40'300.–, Leasingzins Fr. 365.90. Weitere Berechnungsvarianten auf Anfrage. Eine Leasingübergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Multilease AG Tel. 044 495 24 95, www.multilease.ch. 1,9%-Vorzugsleasing gültig für Immatrikulationen bis 28.2.2011. Auris Hybrid 1,8 Linea Luna 100 kW (136 PS), Gesamtverbrauch 3,8 l/100 km, Ø CO₂-Ausstoss 89 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A. Prius 1,8 Linea Luna 100 kW (136 PS), Gesamtverbrauch 3,9 l/100 km, Ø CO₂-Ausstoss 89 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A, Ø CO₂-Ausstoss aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeugmodelle: 188 g/km. Kraftstoffverbrauch gemessen nach den Vorschriften der EG-Richtlinie 80/1268/EWG. Die Verbrauchsangaben sind europäische Treibstoff-Normverbrauchs-Angaben, die zum Vergleich der Fahrzeuge dienen. In der Praxis können diese je nach Fahrstil, Zuladung, Topographie und Jahreszeit teilweise deutlich abweichen. Wir empfehlen ausserdem den eco-drive-Fahrstil zur Schonung der Ressourcen.

Initiative vollumfänglich und rasch umsetzen

Das Stimmvolk hat einen klaren Auftrag erteilt: Kriminelle Ausländer sollen konsequent weggewiesen und ausgeschafft werden. Die Schweizerinnen und Schweizer wollen die stetig ansteigende Ausländerkriminalität nicht länger hinnehmen und wollen den Missständen mit ihrem Ja zur Ausschaffungsinitiative einen Riegel schieben. Die SVP wird genau darauf achten, dass die Initiative korrekt umgesetzt wird und verlangt vom Bundesrat, dass er bis zum Sommer 2011 einen Vernehmlassungsentwurf vorlegt.

Das Abstimmungsergebnis zeigt das grosse Unbehagen der Bevölkerung gegenüber der Einwanderungspolitik der letzten Jahre. Die Öffnung der Grenzen, der freie Personenverkehr mit der EU und eine zu lasche Asylpolitik haben zu einer unkontrollierten Einwanderung geführt, die grosse Probleme mit sich bringt. Diesbezüglich ist klarer Handlungsbedarf gegeben.

Rasch Massnahmen ergreifen

Die Schweiz muss ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Dazu sind verschiedene Massnahmen im Bereich der Migrationspolitik zu prüfen. Die Einwanderung ist wieder verstärkt den Bedürfnissen der schweizerischen Wirtschaft anzupassen, die Asylpolitik ist konsequent auf echte Flüchtlinge und eine Straffung der Verfahren auszurichten. Die Einbürgerungspraxis

muss verschärft werden. Von jeder Person, die in die Schweiz einwandert, ist zu erwarten, dass sie in einer Vereinbarung unsere Verfassung und unsere Rechtsordnung respektiert. Im Weiteren muss die konsequente Bekämpfung der Kriminalität hohe Priorität haben. Das Strafrecht ist gerade bei schweren Delikten, für Ausländer und Schweizer, zu verschärfen. Mit dem Ja zur SVP-Ausschaffungsinitiative wurde ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr Sicherheit getan. Die

zentralen Tatbestände sind in der Initiative genannt. Die Initiative muss nun rasch und konsequent umgesetzt werden. Kriminelle Ausländer sind in Zukunft ohne Wenn und Aber auszuschaffen. Es ist letztlich Aufgabe des Bundesrates, dem Parlament einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.



Die SVP-Vertreter in der Arbeitsgruppe: Dr. iur. Manuel Brandenberg, Executive M.B.L.-HSG (links) und Gregor A. Rutz, lic. iur. (rechts)

Die vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingesetzte Arbeitsgruppe kann dabei Vorarbeiten leisten.

Die Arbeitsgruppe zur Ausschaffungsinitiative

Die SVP hat nach Absprache mit dem Initiativkomitee der Ausschaffungsinitiative beschlossen, dass sie an der Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Verfassungsauftrages bereit ist. Die Arbeit muss allerdings

in offener und transparenter Weise erfolgen. Ziel muss es sein, dass der vom Schweizer Volk und den Ständen verabschiedete Verfassungsauftrag korrekt umgesetzt wird. Die SVP und das Initiativkomitee erwarten von der eingesetzten Arbeitsgruppe, dass sie dieses Ziel verfolgt und dem EJPD taugliche Umsetzungsvorschläge auf Gesetzesstufe unterbreitet.

Folgende zwei Persönlichkeiten wurden von der SVP in die Arbeitsgruppe entsendet:

- Dr. Manuel Brandenberg ist selbständiger Rechtsanwalt und Urkundsperson in Zug. Er ist Mitglied des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug (Stadtparlament) und des Zuger Kantonsparlaments. Er amtiert zudem als Präsident der SVP Stadt Zug.

- Gregor A. Rutz ist selbstständiger Unternehmer in Zollikon. Er ist Mitglied des Initiativkomitees der Ausschaffungsinitiative und leitete die Arbeitsgruppe, welche den Initiativtext erarbeitet hat. Er amtiert zudem als Vizepräsident der SVP Kanton Zürich.

Die SVP wird in der Arbeitsgruppe und im parlamentarischen Prozess alles daran setzen, dass die Umsetzungsgesetzgebung möglichst rasch und korrekt vorliegt.

12 Kernenergie

„Das Ersatz-Kernkraftwerk vor. Andernfalls droht eine

Am 13. Februar stimmt das Bernische Stimmvolk in einer Konsultativ-Abstimmung über den Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg ab. Während die Regierung den Ersatz ablehnt, befürwortet ihn eine Mehrheit des Parlaments. Die SVP kämpft für ein Ja in dieser für den Kanton Bern wichtigen Abstimmung. Ohne Ersatz-Kernkraftwerk ist eine erhöhte Abhängigkeit vom Ausland wahrscheinlich. Es droht sogar die Gefahr von drastischen Engpässen, da die Energiebedürfnisse nicht mehr gedeckt werden können.



von Nationalrat Rudolf Joder,
Belp (BE)

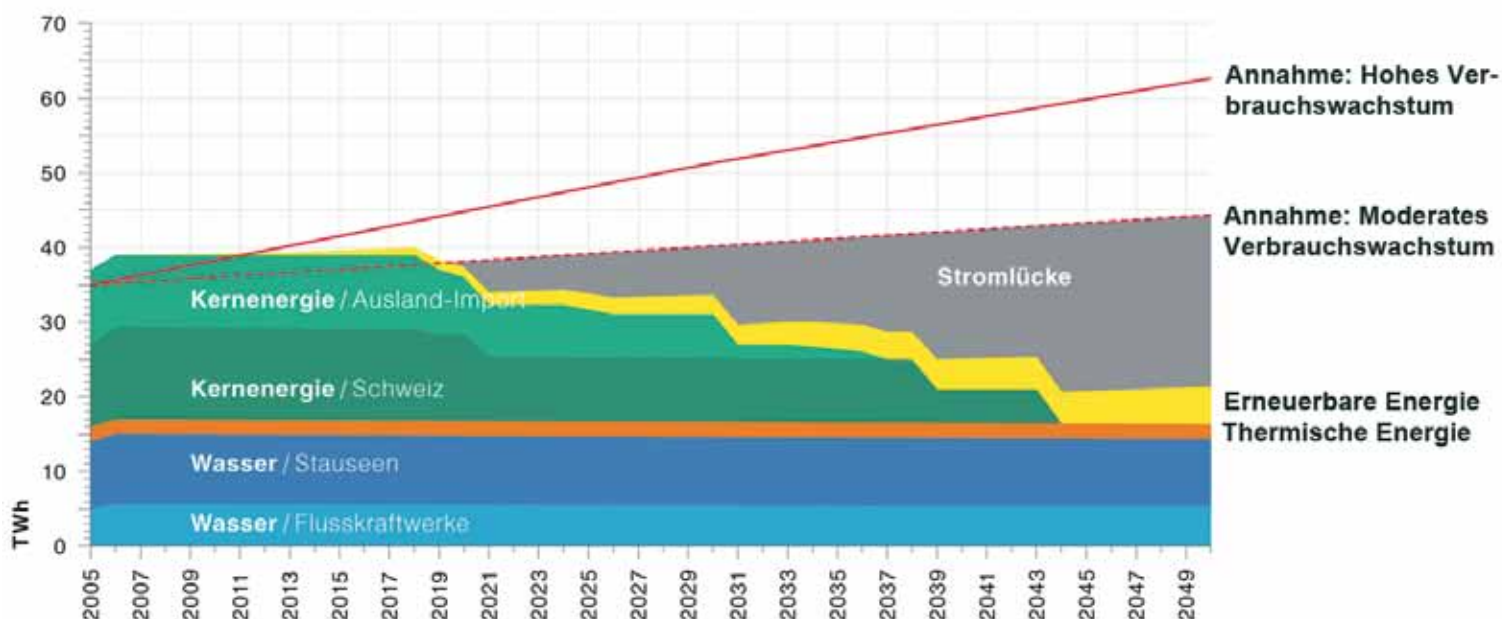
Das Kernkraftwerk Mühleberg soll nach dem Jahr 2020 ersetzt werden. Die Trägerschaft Kernkraftwerk Mühleberg AG hat im Herbst 2008 beim Bund ein entsprechendes Gesuch um eine Rahmenbewilligung eingereicht. Der Kanton Bern ist gemäss dem eidgenössischen Kernenergiegesetz vom Bund zu einer Stellungnahme eingeladen worden. Zum Inhalt dieser Stellungnahme

hat der Grosse Rat klare Vorgaben zu Gunsten eines Ersatz-Kernkraftwerkes formuliert. Gleichzeitig beschloss das Kantonsparlament, diese wichtige Frage der Volksabstimmung vorzulegen. Damit stellte es sich gegen die rot-grün dominierte Regierung, welche immer wieder zum Ausdruck gebracht hat, dass sie den raschen Ausstieg aus der Kernenergie anstrebt.

Nicht bindend, aber wegweisend

Die Stimmberechtigten können die Stellungnahme des Kantons unterstützen oder ablehnen. Bei einem Ja leitet der Regierungsrat den entsprechenden Grossratsbeschluss in befürwortendem Sinne an die Bundesbehörden weiter. Bei einem Volks-Nein wird der Grossratsbeschluss hinfällig. Die Stel-

lungnahme des Kantons ist für den Bund rechtlich jedoch in beiden Fällen nicht bindend, denn zuständig für die Bewilligung neuer Kernkraftwerke ist der Bund. Geplant ist, zwei der drei heutigen Kernkraftwerke zu ersetzen. Lehnt das Bernische Stimmvolk die Stellungnahme des Kantons also ab, ist dies ein Signal, auf den Standort Mühleberg zu verzichten und an den anderen beiden Standorten zu bauen. Das Verfahren auf Bundesstufe gliedert sich in ein Rahmenbewilligungsverfahren, ein Baubewilligungsverfahren und ein Betriebsbewilligungsverfahren. Die Rahmenbewilligung erteilt die Bundesversammlung. Gegen diesen Entscheid kann das Volksreferendum ergriffen werden. Vorgängig werden alle Kantone eingeladen, zum



Sich abzeichnende Produktionslücke in der Schweiz (Quelle: BFE/VSE)

beugt einer Stromknappheit Erhöhung der Preise.“

Rahmenbewilligungsgesuch Stellung zu nehmen.

Effizienter und notwendig

Das neue Kernkraftwerk Mühleberg wird wesentlich leistungsfähiger geplant, als das bestehende. Zudem soll das neue AKW nicht mehr wie heute mit Flusswasser der Aare, sondern durch einen modernen Hybridturm gekühlt werden. Der Bau von Ersatz-Kernkraftwerken ist dringend notwendig und Mühleberg ein idealer Standort. Wir benötigen die Kernkraft auch heute noch, damit die Versorgungssicherheit der schweizerischen Bevölkerung und der Wirtschaft sichergestellt werden kann. Mit der geplanten Stilllegung der alten Kernkraftwerke Beznau und Mühleberg sinkt nach 2020 die inländische Stromproduktion

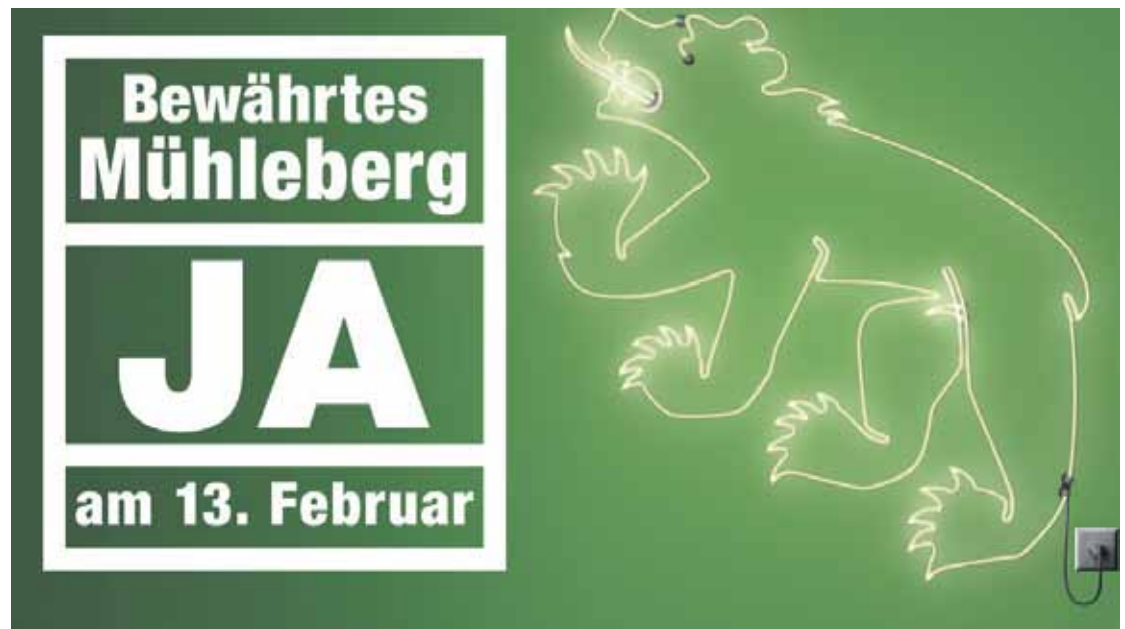
aus Kernkraft. Gleichzeitig wird der Strombedarf weiter ansteigen. Zudem muss mit dem sukzessiven Auslaufen der Strombezüge aus den französischen Kernkraftwerken Fessenheim und Cattenom gerechnet werden. Das heisst, zwischen Produktion und Verbrauch wird sich eine Lücke öffnen. Dies gilt auch für die Situation im Ausland. Auch dort zeichnet sich eine Stromlücke ab, da Produktion und Verbrauch mittelfristig auseinanderklaffen. Das heisst, es wird kaum möglich sein, die Engpässe durch Importe zu verhindern, da auch im Ausland der Strom knapp werden wird.

Stromlücke verhindern

Das Ersatz-Kernkraftwerk Mühleberg wird einen wichtigen Beitrag zur Schliessung der sich abzeichnenden Versorgungslücke leisten. Andern-

falls entsteht nicht nur eine erhöhte Abhängigkeit vom Ausland, sondern auch eine allgemeine Verknappung des Stroms mit der Folge, dass die Strompreise steigen, zum Nachteil von Konsumenten und Wirtschaft. Es

Umweltbelastungen durch CO₂. Für den Standort Bern ist das neue Kernkraftwerk aber auch wirtschafts- und beschäftigungspolitisch von grosser Bedeutung. Gemäss Berechnungen bringt ein neues AKW jährlich 500



droht sogar die Gefahr, dass es zu so drastischen Engpässen kommt, dass die Energiebedürfnisse nicht mehr gedeckt werden können. Die erneuerbare Energie hat heute noch zu wenig Potential, um die so entstehende Stromlücke zu schliessen. Wind und Sonne liefern heute nur 0,1% unseres Stroms. Weder Sonnenenergie noch Windkraft können alternativ zum Strom aus Kernkraftwerken den Bedarf auch nur annähernd decken.

Klimaschonender Strom

Der von Kernkraftwerken erzeugte Strom ist CO₂-arm und somit klimaschonend. Wer Nein sagt zur Kernenergie, nimmt Notlösungen zur Stromproduktion mit beträchtlichem Ausstoss in Kauf, zum Beispiel durch den Bau von neuen Gas-Kombi-Kraftwerken. Die Folge wäre eine hohe

Millionen Franken zusätzliche Wertschöpfung und sichert 1'300 Arbeitsplätze in der Region.

Engagierter Abstimmungskampf

Das Kantonsparlament empfiehlt mit 91 zu 53 Stimmen bei 7 Enthaltungen dem Grossratsbeschluss zuzustimmen. Noch ist aber offen, wie der Entscheid an der Urne ausfallen wird. Die Gegner von Mühleberg scheuen sich nicht, alles zu tun, um das Stimmvolk auf ihre Seite zu ziehen. Die SVP engagiert sich deshalb in einem überparteilichen Komitee für den Grossratsbeschluss „Pro Mühleberg“. Es bleibt zu hoffen, dass sich das Berner Stimmvolk diesem Entscheid anschliesst und sich im Interesse des Kantons und der ganzen Schweiz mit Deutlichkeit für den Bau eines Ersatz-Kernkraftwerks in Mühleberg ausspricht.

14 Inserate



Alpenblick
Fieschertal



SVP-HIT

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviel Nächte!

- Übernachtung im Standard DZ
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Fr.60.-
Fr.50.-

(Nebensaison)

Jetzt buchen, Skivergnügen in der ALETSCHARENA

Waldis - Schweiz

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - info@hotelalpenblick.ch

Neuheit

Verkauf / Vermietung von Pommes-Automaten

Geschlossene Friteuse
Geringer Frittiergeruch
Einfache Bedienung

geeignet für:
-Vereinsanlässe
- Kantinen, Imbisse, usw.

MABI-Frites AG
8304 Wallisellen
Tel. 044 831 21 32
www.mabi-frites.ch
maurer@mabi-frites.ch



Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare
Herausgeberin: Stiftung SVP-Pateizeitung
Erscheinungsweise: 12x/Jahr
Mitarbeiter: Michèle Berger, Kevin Grangier
Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252
3001 Bern - klartext@svp.ch
Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate: Michèle Berger - klartext@svp.ch

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

Sichern Sie sich jetzt Ihr SVP Parteiprogramm 2011 - 2015, frisch ab Druckerpresse!

Bestellen Sie Ihr Parteiprogramm unter gs@svp.ch oder unter 031/300'58'58. Sie können es ebenfalls unter www.svp.ch herunterladen.



GOAL GLOSSAR



radikal

radikal

<lat.> radix (die Wurzel, der Ursprung),
konsequent; gründlich

Wir entwickeln gerne radikale Kampagnen und Visualisierungen. Denn wir gehen mit unserer Kommunikation und Werbung immer an die Wurzel des Problems. Seichtes Oberflächengestocher gibt es schon genug...

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch



Bestellen Sie den SVP-Kalender für Fr. 15.- !

..... Ex. SVP-Fussball	25.-	 Ex. Pin CH-Kreuz	7.-
..... Ex. SVP-Sitzungsmappe	49.-	 Ex. Pin SVP-Logo	7.-
..... Ex. Krawatte CH-Kreuz kl.	50.-	 Ex. Pin «SVP Gold»	7.-
..... Ex. Krawatte CH-Kreuz gr.	50.-	 Ex. Post-it, Block à 50 Blatt	2.-
..... Ex. Krawatte SVP	50.-	 Ex. Offiziermesser	20.-
..... Ex. SVP-Bonbons	5.-	 Ex. Kleber, Bogen à 27 Kl.	5.-
..... Ex. SVP-Feuerzeug	5.-	 Ex. Kugelschreiber	2.50
..... Ex. SVP-Rucksack	10.-	 Ex. Jasskarten	3.-
		... franz.	... deutsch



Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Mail: Telefon:

Bitte Talon einsenden an: SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern oder per Fax an 031 300 58 59 oder per Mail an gs@svp.ch

Dataform AG Formulardruckerei

Wir drucken für Sie:

ESR-Formulare

Formulare mit Karten

Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch

Die 5., überarbeitete und ergänzte Auflage des Bestsellers ist jetzt erhältlich!



«Es gibt keine schlechten Untergebenen, sondern nur schlechte Chefs.»

Zitat aus dem neu aufgelegten Führungsbuch von Matthias Ackeret

DAS BLOCHER-PRINZIP

216 Seiten, broschiert, Franken 38.-, ISBN: 978-3-85801-188-6
Das Buch ist in allen Buchhandlungen erhältlich.



Bestellung

Bitte senden Sie uns Ihre mit Rechnung Expl. «DAS BLOCHER-PRINZIP» zu Fr. 38.- (plus Porto und Verpackung).

Name: Vorname:

Strasse: PLZ, Ort:

Datum: Unterschrift:

Bestellungen an:
Meier Buchverlag, Vordergasse 58, 8200 Schaffhausen, Telefon 052 633 34 51, Fax 052 633 34 54, www.meierbuchverlag.ch

YVETTE ESTERMANN STIFTUNG

Ein Herz für die Schweiz

Die Stiftung, welche die direkte Demokratie verteidigt und sich für eine unabhängige, neutrale und souveräne Schweiz einsetzt!

c/o Dr. med. Yvette Estermann
Bergstrasse 50 A
CH-6010 Kriens-Luzern
PG-Konto: 60-333666-4

www.yvette-estermann-stiftung.ch



**11. Nationaler
SVP Jasscup mit
der SVP-Fraktion**



Jasscup der SVP
Samstag, 19. Februar 2011 in Rüti (ZH)

Wann: Samstag, 19. Februar 2011

Beginn 10.30 - ca. 15.00 Uhr
(Jasszettel-Ausgabe ab 09.00 Uhr)

Ort: Sporthalle Schwarz, 8630 Rüti (ZH)

Organisation

Durch die SVP Kanton Zürich mit OK-Präsident und Jass-Obmann der SVP Schweiz, Nationalrat Bruno Zuppiger und OK-Vizepräsident Kantonsrat Hansheinrich Heusser

Modus

Schieber mit zugelostem Partner (vier Passen à 12 Spiele, alle vier Passen werden gewertet). Detailliertes Reglement liegt auf.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten

Preise

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie eine Vielzahl von schönen und attraktiven Preisen mit zusätzlichem Schätzwettbewerb

Teilnahmegebühr

Fr. 30.- sind an der Eingangskasse zu bezahlen.

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch „Nicht-Jasser“ sind selbstverständlich herzlich willkommen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem unten stehenden Talon anzumelden.

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 11. Nationalen SVP-Jasscup an:

☐ Deutschschweizer Karten ☐ Französische Karten ☐ Kartenzuteilung egal

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Telefon: E-Mail oder Fax:

Talon bis zum Freitag, 11. Februar 2011 einsenden an: **Generalsekretariat SVP**,
Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern, Tel 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 –
E-Mail imobersteg@svp.ch